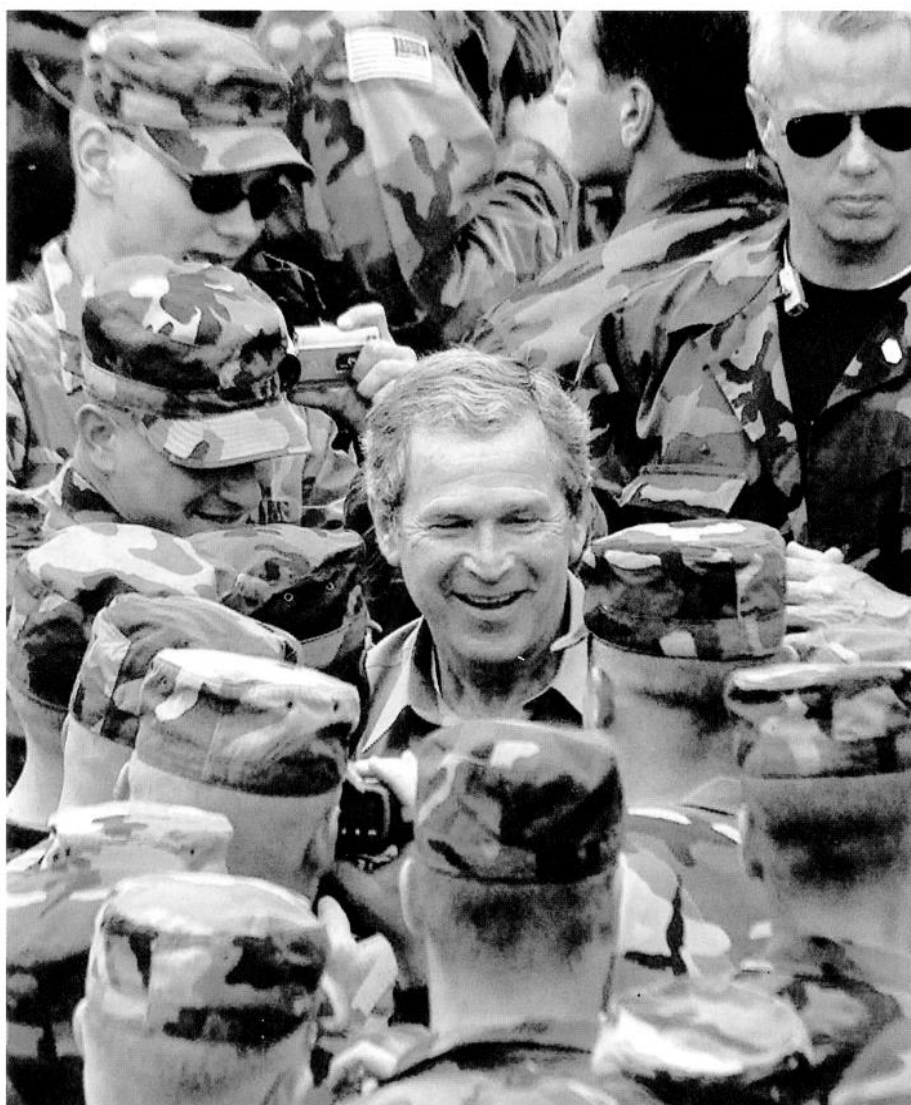


Europas Offenheit ist seine Stärke

Nach dem Ende des Irak-Kriegs wird immer deutlicher, dass die Amerikaner auch die Hilfe des »alten Europa« brauchen, um einen stabilen Frieden zu erreichen. Für Stein Tønnesson, Direktor des renommierten Osloer Friedensforschungsinstituts, zeigt sich in dieser Situation ein neues Profil: eine Gabe, die Europa in der Welt einbringen kann.



»Die Amerikaner werden wohl weiterhin den militärischen Part spielen.«
Bild: US-Präsident George W. Bush bei einem Truppenbesuch im Süden des Kosovo

Stein Tønnesson, Jahrgang



PRIO

1953, ist Direktor des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Oslo (PRIO). Nach einer journalistischen Ausbildung beschäftigte sich Tønnesson wissenschaftlich mit Friedens- und Konfliktforschung, besonders im Blick auf den südostasiatischen Raum. Bevor er 2001 die Leitung von PRIO übernahm, war er Professor für Entwicklungsstudien an der Universität von Oslo.

NEUE STADT: Herr Tønnesson, wie beurteilen Sie – nach dem Irakkrieg – das Zusammenspiel zwischen den USA, der UNO und Europa?

TØNNESSON: Diese Frage kann man wohl nur beantworten, indem man die verschiedenen Szenarien beschreibt, die sich aus der jetzigen Situation entwickeln können. Ich sehe – grob betrachtet – drei Möglichkeiten:

Eine davon wäre die Fortführung dessen, was wir seit dem 11. September 2001 gesehen haben: Die einzige Weltmacht USA handelt unabhängig von den Vereinten Nationen, wird aber von Fall zu Fall von der einen oder anderen europäischen Nation unterstützt. »Koalition der Willigen« hat die Bush-Administration dieses Prinzip genannt. Wenn es in nächster Zeit noch einmal so etwas wie einen 11. September und damit eine weitere patriotische Mobilisierung in den USA gibt, dann wird sich dieses Szenarium wohl als das wahrscheinlichste erweisen – auch wenn ich es für sehr gefährlich halte.

Auf der anderen Seite des Spektrums sehe ich die Möglichkeit einer neuen multinationalen Zusammenarbeit. Bei dieser – allerdings sehr optimistischen – Variante würden die USA den Wert der Vereinten Nationen wieder entdecken. Die UNO würde – gemeinsam mit einer Reihe anderer multinationaler Organisationen – eine wichtigere Rolle spielen. Es wäre dies für mich das wünschenswerteste Szenarium, aber es ist, wenn ich ehrlich sein soll, nicht sehr wahrscheinlich.

Und was wäre die dritte Variante?

Am wahrscheinlichsten ist wohl eine neue Art von transatlantischer Arbeitsteilung zwischen den USA und Europa. Die Amerikaner

»Erstmals in seiner Geschichte ist Europa für keine Macht der Welt mehr eine Bedrohung.«

Bild: Demonstration gegen den Irak-Krieg am 12. April 2003 in Rom

werden wohl weiterhin den militärischen Part spielen, nicht zuletzt weil sie dafür am besten gerüstet sind. Sie werden schnell eingreifen können, wenn sie selbst oder die großen Mächte überzeugt sind, dass reagiert werden muss, zum Beispiel weil irgendwo ein schlimmer Bürgerkrieg droht, ein Völkermord absehbar ist oder ein Regime Massenvernichtungswaffen zu entwickeln beginnt.

Das militärische Eingreifen der USA wird sicher bisweilen auf den Widerspruch Europas stoßen, letzten Endes aber werden es die Europäer unterstützen. Europa selbst wird dagegen eine andere Rolle spielen.

Und die wäre?

Europas Kompetenz liegt zunehmend darin, alle Probleme anzugehen, die nicht mit groß angelegten militärischen Maßnahmen zusammenhängen, also alles, was den Aufbau von Institutionen betrifft. Es ist im Grunde das Szenarium, das sich jetzt auch im Irak abzeichnet.

Zeigt nicht gerade der Irakkrieg, dass die USA als Weltmacht ein Gegengewicht, einen echten, ernst zu nehmenden Gegenspieler bräuchten?

Ich bin da sehr, sehr skeptisch. Wirtschaftlich gesehen gibt es ja schon Gegengewichte: die Europäische Union und der ostasiatische Wirtschaftsraum. In militärischer Hinsicht jedoch bin ich davon überzeugt, dass die Welt durch eine Mächtebalance nicht sicherer sondern eher unsicherer würde.

Das müssen Sie uns erklären!

Jede Art von Ausgewogenheit bringt immer Rivalität mit sich, also ein Ringen um Vorrangstellung zum Beispiel bei Rohstoffen oder politischem Einfluss in Regionen wie dem Nahen Osten oder Zentralasien. Ungeachtet der Tatsache, dass ich die derzeitige amerikanische Außenpolitik für katastrophal halte, würde ich mich dennoch mit einer einzigen Supermacht sicherer fühlen als mit mehreren.

Natürlich gilt das nur, solange eine solche Supermacht einer Beschränkung unterliegt: durch internationale Organisationen wie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dessen Resolutionen sie anerkennen muss, durch die Öffentlichkeit, durch demokratische Strukturen. Leider ist die amerikanische Demokratie keineswegs perfekt. Aber trotzdem muss jeder Präsident auf seine Wiederwahl achten und einen anderen Kandidaten überwinden. Ich ge-



KNA-Bild/Reuters/A. Pierdomenico

he davon aus, dass die Nachdenklichkeit, die der Ausgang des Irakkriegs ausgelöst hat, sich auch auf Amerikas Demokratie positiv auswirken wird.

Schauen wir auf Europa! Wenn dieser Kontinent keine Supermacht werden soll, worin liegen dann seine Stärken?

Europa genießt zur Zeit einen Vorteil, den es in seiner Geschichte noch nie hatte: Es stellt für keine Macht in der Welt eine Bedrohung dar. In der Zeit der Kreuzzüge, zum Beispiel, war Westeuropa eine echte Bedrohung für die Kultur des Islam. In der Epoche der Kolonialisierung war Europa eine Bedrohung für eine ganze Reihe von Völkern, die sich vielfach nur durch Kriege von der europäischen Vorherrschaft befreien konnten. Auch wenn vielerorts die Erinnerung daran noch vorhanden ist, so verblasst sie doch zusehends.

Zurzeit wird Europa in vielen Teilen der Welt als Vorbild betrachtet für eine freiwillige Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten. Europa gilt als Modell, das von anderen Staaten gerne nachgeahmt würde: in Ostasien, in Südostasien, in Afrika und auch in Lateinamerika. Das ist ein Riesentalent, das Europa einsetzen kann. Europa sollte daher tunlichst darauf achten, keine Politik zu

machen, die es wieder zur Bedrohung werden lässt, sondern vielmehr Hilfe, Unterstützung und Ideen für eine freiwillige Zusammenarbeit unter unabhängigen Staaten anbietet. Dazu gehört ganz besonders das, was ich »Peace-Building-Programms« nennen würde, also systematische, nachahmbare Wiederaufbau-Programme nach kriegerischen Konflikten.

Könnten sie das etwas näher beschreiben?

Nun, ich bin davon überzeugt, dass wir in Europa inzwischen eine nachahmenswerte Friedenstradition haben – nicht zuletzt natürlich durch unendlich viele leidvolle Kriegserfahrungen. Meines Erachtens sollte das ein zentraler Bestandteil der Außenpolitik aller Europäischen Staaten, aber auch der Europäischen Union werden. Das würde bedeuten, dass wir nicht nur in militärische Vorbeugung investieren, sondern in den Aufbau von Gesellschaften, die in der Lage sind, Konflikte zu lösen, bevor sie in gewaltsame Auseinandersetzungen eskalieren.

Sie können diese Arbeit mit dem Aufbau eines Hauses vergleichen. Und dieses Friedenshaus setzt sich zusammen aus vier Wänden: Sicherheit, Entwicklung, Demokratie und Versöhnung.

»Wer zu Europa dazugehören will,
soll auch dazugehören dürfen.«

Bild: Marshall-Plan-Plakat
von Reyn Dirksen, um 1950

Geht es bitte etwas genauer?

Gern! Bei der ersten Wand geht es nicht nur um die Sicherheit eines Staates, sondern auch des Einzelnen. Sicherheit erfordert militärische Macht, aber auch ein gut funktionierendes Rechts- und Polizeisystem.

Die zweite Wand ist die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Es muss Programme geben, die dem ärmeren Teil einer Bevölkerung immer die Chance lassen, seine Lebensbedingungen zu verbessern.

Die dritte Wand des Friedenshauses ist die einer demokratischen Regierungsstruktur. Stabiler Frieden setzt ein Regierungssystem voraus, an dem die Bevölkerung teilhaben und ihre Meinung zum Ausdruck bringen kann. Das ist eine notwendige Bedingung dafür, dass man sich in einer Nation zu Hause fühlt und nicht die Notwendigkeit spürt, seine Interessen gewaltsam durchzusetzen. Beim Aufbau demokratischer Strukturen braucht es Trainingsprogramme für Regierungsbeamte, die lernen müssen, was ihre Aufgaben sind, die aber auch genügend verdienen müssen, damit die Versuchung zur Korruption geringer wird. Und es braucht eine offene, freie Presse, die auf Fehler aufmerksam machen kann.

Die vierte Wand des Friedenshauses ist die der Versöhnung. Nach langen, schweren Konflikten braucht es sicher auch die Justiz, besonders bei Vergehen wie Völkermord. Oft jedoch haben alle beteiligten Parteien viel Schuld auf sich geladen. Um historische Wunden zu heilen, braucht es Mechanismen der Versöhnung, wie zum Beispiel die Wahrheitskommissionen in Südafrika.

Wodurch wäre Ihrer Meinung nach das Modell »Europa« bedroht?

Soweit ich das beurteilen kann, besteht die größte Gefahr für die europäische Idee darin, dass sich Europa zu deutlich definiert und damit zu stark abgrenzt. Jede Art von Definition, von Abgrenzung würde sofort die Vorstellung von einer »Festung Europa« wachrufen und den derzeitigen Prozess der Öffnung beenden.

Die Vorstellung von Europa muss Russland beinhalten – und zwar nicht nur bis zum Ural. Europa sollte auch offen sein für die Türkei, ja für jeden, der das Bedürfnis spürt, zu Europa zu gehören. Europas Stärke und Europas Größe ist seine Offenheit – und die gilt es unbedingt zu bewahren. Dabei muss es – wohl gemerkt – nicht automatisch um die volle Mit-



gliedschaft in der Europäischen Union gehen. Meiner Meinung nach müssen auch in Zukunft Europa und die Europäische Union nicht deckungsgleich sein.

Aber wenn die Vorstellung von Europa zu klar umschrieben, zu klar definiert wäre, dann wäre das zwangsläufig verbunden mit einer ebenso klaren Vorstellung von dem, was nicht Europa ist, also von der anderen Seite der Grenze. Und das wäre das Ende der europäischen Idee.

Welche Entwicklungsschritte braucht Europa jetzt?

Ich bin sehr froh über die EU-Erweiterung. Sie trägt auch dazu bei, dass sich nicht das Bild von einem »Club der Reichen« entwickelt. Gleichzeitig würde ich jedoch warnen vor einer zu stark forcierten, übertriebenen europäischen Integration – vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Europäische Union sollte unbedingt ihren Mitgliedsstaaten weiterhin erlauben, in der Außenpolitik unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Ganz besonders warnen würde ich vor dem Versuch, zu schnell europäische Interventionskräfte aufzustellen, also eine eigene

»schnelle Eingreiftruppe«, die womöglich mit den USA mithalten können soll.

Damit wird Europa aber immer ein schwerfälliger Organismus bleiben, wird europäisches Handeln immer ein mühsames Geschäft sein!

Richtig, und genau so soll es unbedingt bleiben. Wer sich ein wenig in Geschichte auskennt, sieht darin keine Problematik. In vielen alten Kulturen gab es großen Respekt vor kultureller Verschiedenheit. Schauen Sie nur einmal auf den Hinduismus! Das ist eigentlich keine geschlossene Religion, sondern eher eine Art Zusammenführung verschiedener Glaubensrichtungen und -vollzüge. Leider gibt es heute starke hindu-integralistische Kräfte in Indien. Trotzdem bleibt Indien, nach Indonesien, die zweite islamische Nation der Welt mit einem muslimischen Präsidenten.

Hier in Europa haben wir leider diese kartesische Tradition, nach der alles rational, einsichtig und definierbar sein soll. Diese Tradition sollten wir überwinden und uns an die Verschiedenheit gewöhnen, die wir in einer globalisierten Welt dringend brauchen.

Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Joachim Schwind